



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

171K/47 - 25.2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Adenauers Schlußfolgerungen	S. 1
Vor den finnischen Wahlen	S. 3
Sowjetzonalen Berlin-Reaktion	S. 4

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

P.R. In der Analyse der Berliner Konferenz stimmen, wie die Donnerstag-Debatte im Bundestag ergeben hat, Regierung und Opposition im Kern, wenn auch nicht in den Einzelheiten, überein. Das Schwergewicht in den unterschiedlichen Auffassungen liegt bei den Schlußfolgerungen, obwohl auch hier manche Gemeinsamkeit festzustellen ist.

Der Bundeskanzler hat fünf solcher Schlußfolgerungen aus dem Vorlauf der Konferenz gezogen. In Punkt 1 wird von der verstärkten Notwendigkeit gesprochen, "Europa zu einen und seine Kräfte zusammen zu fassen. Dazu gehört auch, daß die EVG verwirklicht wird". In engem Zusammenhang damit steht in Punkt 4, letzter Satz, die Versicherung, die Bundesregierung werde "insbesondere für den Aufbau eines auf der freien Zustimmung und der Gleichberechtigung aller Mitglieder beruhenden Systems kollektiver Sicherheit eintreten, das die Sowjetunion veranlassen kann, die sowjetisch besetzte Zone aus ihrem Machtbereich zu entlassen".

Beide Forderungen sind nach sozialdemokratischer Auffassung nicht zu vereinen, denn die EVG ist eben kein Sicherheitssystem der im Punkt 4 gekennzeichneten Art. Sie beruht nicht auf der Gleichberechtigung aller Mitglieder und sie wird die Sowjetunion nicht veranlassen, den von ihr besetzten Teil Deutschlands "aus ihrem Machtbereich zu entlassen".

In dieser Auffassung ist die SPD gerade in Berlin durch zwei Tatsachen bestärkt worden.

1. Die Ungleichberechtigung der EVG wurde durch die Art und Weise vollkommen klar, in der die drei westlichen Außenminister die EVG den Sowjets als Instrument der Sicherheit gegen deutsche Angriffsabsichten und als Kontrollinstanz über Deutschland empfahlen.
2. Die Außenminister der Westmächte haben im zweiten Teil der Konferenz Vorschläge gemacht, die sich durchaus in der Richtung einer echten kollektiven Sicherheit bewegten, vor allem tat das Bidault, so daß zeitweise die EVG, zum Beispiel gegenüber der UNO, stark zurücktrat. Einstweilen stand und

steht dagegen der nicht annehmbare Molotow-Plan. Aber eine Annäherung der Standpunkte auf der Ebene einer nicht regional begrenzten Vereinbarung ist durchaus möglich.

Ollenhauer hat in diesem Zusammenhang gesagt: "Die Zustimmung zur freien Wahl in ihrer Zone ist für die Sowjetunion automatisch mit der Frage des Status verbunden, den das künftige Gesamtdeutschland haben wird. Die Verständigung über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands ist aber nur zu erreichen, wenn dieses in ein Sicherheitssystem eingeordnet ist, das von keiner Macht als eine gegen sie gerichtete Drohung betrachtet werden kann". Ollenhauer hat die Bereitschaft der SPD erneuert, für die Erfüllung aller Verpflichtungen einzutreten, die sich aus der Mitgliedschaft in einem solchen Sicherheitssystem ergeben, wie es oben gekennzeichnet worden ist. Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist die Ansicht, daß es nicht gelingen wird - worauf die Konzeption Dulles' und Adenauers hinausläuft - die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands dadurch zu erreichen, daß man die sowjetische Besatzungszone an die Bundesrepublik mit allen ihren bestehenden oder geplanten internationalen Bindungen (vor allem eben die EVG) sozusagen einfach anschließt. Dazu wird die Sowjetunion ihre Zustimmung nicht geben.

Punkt 2, 3, der Rest von 4 und 5 der Schlußfolgerungen Adenauers enthalten Feststellungen, denen man im Grundsatz zustimmen kann. Natürlich muß man sehen, daß jede davon auslegungsfähig ist. Wenn zum Beispiel in Punkt 2 davon gesprochen wird, die Bundesrepublik müsse ihre auf Freiheit und Recht begründete "innere Struktur" festigen, so ist einem dabei angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre nicht ganz wohl, weil man nicht weiß, ob damit die parlamentarische Demokratie schlechthin gemeint ist oder die Art des Bundeskanzlers, sie zu praktizieren. Oder wenn in Punkt 3 davon die Rede ist, die Bundesregierung müsse "durch Worte und Taten" gegen die Spaltung ankämpfen. Worte nützen nicht viel und als "Taten" wird man in diesem Sinne vor allem eine richtige und zweckmäßige Politik in den Grundsatzfragen der Wiedervereinigung ansehen müssen, so wichtig praktische Maßnahmen der Hilfe für die Sowjetzone sein mögen.

Der Bundeskanzler hat zu Beginn seiner Erklärung die geschmeidige Taktik der westlichen Außenminister gerühmt. Sie hätten bei der Festsetzung der Tagesordnung eine Reihe wichtiger Zugeständnisse gemacht, weil sie schnell "zur Sache, zu ihrer und zu unserer Sache" kommen wollten. Hier wird eine Identifizierung vorgenommen, die in Wirklichkeit nicht bestand und nicht besteht. Gerade in Berlin hat sich gezeigt, daß die Westalliierten ebenso wie die Sowjetunion ihre Politik betreiben haben, was in der Feststellung der wohl heute noch seriösesten Zeitung der Welt, der "Times" vom 13. Februar, in den Worten zum Ausdruck kam: "Das Programm der Westmächte ist im Kern dasselbe für ein wiedervereinigtes wie ein geteiltes Deutschland". Das heißt nichts anderes als: Wir, die Westmächte, haben ein Programm, für das die Frage Spaltung oder Wiedervereinigung nicht entscheidend ist.

Gerade deshalb wird es wohl nicht genug sein, davon zu sprechen, wie es der Kanzler tat, die Berliner Konferenz könne zum Ausgangspunkt einer neuen, durch richtigere Einschätzung der Realitäten gekennzeichneten Phase der russischen Politik werden. Die Überprüfung dessen, was möglich und notwendig ist, wenn man schließlich zu einer Lösung der Deutschland-Frage, also zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, kommen will, wird sich nicht auf die eine Seite beschränken dürfen.

+ + +

Ein politischer Erdbeben wird nicht erwartet

KRK - Helsingfors

Am 7. und 8. März wird das finnische Volk zu den Wahlen gehen, um seinen Reichstag neu zu wählen. Der jetzige Reichstag war infolge der Meinungsunterschiede zwischen Sozialdemokraten und Agrarpartei über die finanziellen und sozialen Schwierigkeiten des Landes nicht mehr arbeitsfähig. Die nunmehrige Regierung Tuomioja ist zum großen Teil eine Beamtenregierung mit der alleinigen Aufgabe, die Geschäfte bis zur Neuwahl weiterzuführen.

Die wichtigste Ursache für die Schwierigkeiten, an deren Lösung die Regierung Kekkonen scheiterte, war die Schrumpfung des Auslandsmarktes für das wichtigste Ausführprodukt Finnlands, die Zellulose. Die Ausfuhrmöglichkeiten der finnischen Zelluloseerzeugung gestalteten sich in den letzten Monaten jedoch viel günstiger. Die Exportindustrien sind dabei, sich zur vollen Höhe der früheren Produktion hinaufzuarbeiten. Die Zahl der Arbeitslosen ist wieder im Sinken begriffen. Sie ist jetzt etwa 50000, von denen jedoch etwa 40000 bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind.

Während sich die Gewerkschaftsleitungen bisher in vollem Umfange mit dem Ausbau der Organisation, der Schulung der Mitglieder und mit rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschäftigten, so daß sie zu einer gewissen politischen Passivität gezwungen waren, werden sie bei den kommenden Wahlen sehr aktiv zugunsten der Sozialdemokraten wirksam sein. Aus den wiederholten Angriffen der bürgerlichen Parteien auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer (Kekkonens "Sanierungsprogramm" schlug beträchtliche Lohnsenkungen vor) lernten jedoch die Gewerkschaftsleitungen, daß ihr politischer Einsatz wichtig ist.

Die Sozialdemokraten gehen mit guten Erwartungen in die Wahl. Mit einem politischen Erdbeben ist jedoch in Finnland ebensowenig zu rechnen wie bei Wahlen in anderen skandinavischen Ländern. Die Mandatsverteilung im jetzigen Reichstag ist: Sozialdemokraten 53, Agrarpartei 51, Kommunisten 43, Sammlungspartei (Rechte) 28, Schwedische Volkspartei (bürgerlich) 15, Finnische Volkspartei 10.

+ + +

Kopfschmerzen für Ulbricht

EZ - Berlin

Vielleicht ist es noch zu früh, sich ein endgültiges Bild über die Reaktion machen zu wollen, die die Berliner Konferenz unter den 18 Millionen Deutschen der Zone ausgelöst hat. Natürlich ist die Enttäuschung über die vergeblichen Bemühungen, eine Lösung der seit 1945 schwelenden deutschen Frage zu erreichen, allgemein verbreitet. Aber gerade die vom Westen her befürchtete Reaktion scheint nicht eingetreten zu sein. Das Gefühl des endgültigen Verlorenseins, der unrettbaren Fesselung an ein bis aufs Blut gehaßtes Schicksal hat keineswegs in der Beurteilung der Situation die Oberhand gewonnen. Vielmehr begegnet man in den Gesprächen mit Sowjetzonenbewohnern immer wieder dem Argument: "Im Grunde genommen haben wir keinen anderen Ausgang in Berlin erwartet". Schließlich geben die Zonenbewohner aber auch zu, daß sie trotz ihrer Erfahrungen doch ein klein wenig Hoffnung gehegt haben, die nun aber - und das ist das Überraschende in dem Echo - keineswegs verschüttet ist.

So sehr die Sowjetzonenbewohner während der Konferenz die unerschütterliche Haltung der drei Westmächte in der Frage der freien Wahlen, vor allem aber das vergebliche Bemühen Molotows begrüßt haben, den Vertreter Frankreichs aus der westlichen Phalanx herauszubrechen, nach Abschluß des Berliner Vierer-Treffens kann in dem Echo der Zone die Tendenz zu einer auch gegenüber dem Westen kritischen Einstellung nicht übersehen werden. Die Tatsache, daß die Westmächte nach der Vorlegung des Eden-Plans Molotow die Initiative überließen, sich im wesentlichen auf das Parieren beschränkten, und nur ganz am Schluß sich stärker Gedankengängen in Richtung auf ein allgemeines Sicherheitssystem zuwandten, hat die Überlegung ausgelöst, daß vielleicht auch die Westmächte der Lösung der deutschen Frage nicht die zentrale Stellung einräumen. Die Tendenz zu dieser Kritik verdichtet sich teilweise sogar zu Äußerungen, daß auch die ehemaligen westlichen Alliierten der Sowjets wenig Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Einheit hätten.

Eine weitere Auswirkung der Berliner Konferenz auf die Zone be-

steht

darin, daß sich neben dem Propagandagottero der SED, das von sämtlichen Molotow-Vorschlägen zehrt, eine eiserne Front des Schweigens gerade in den breiten Massen der Arbeiterschaft gebildet hat. Es gibt heute fast keine Belegschaftsversammlung mehr, in der sich auch nur ein Arbeiter an der befohlenen Diskussion beteiligt. Ja selbst auf die Fragen der referierenden Funktionäre, ob denn keine einzige Frage, sei es selbst aus dem Betriebsbereich, zu diskutieren sei, antwortet ein eisiges Schweigen. Es ist jene "verbissene Gleichgültigkeit", mit der man auch die proklamierte Annahme von Entschlüssen über sich ergehen läßt.

Diese eiserne Wand gegenüber den SED-Propagandafanfaren macht sich auch in breiten Kreisen der SED-Mitgliedschaft bemerkbar. In den Betrieben äußert sich das so, daß oft nur 50 Prozent der SED-Mitglieder in einem Betriebe an der jetzt verstärkt durchgeführten Zusammenfassung in den "Kampfgruppen" und an der Waffenausbildung teilnehmen. Was Ulbricht nach dem 17. Juni erklärte, daß von den 1,2 Millionen SED-Mitgliedern im Höchstfall nur 150 bis 200000 zu gebrauchen seien, das bewahrheitet sich heute nach der Berliner Konferenz für die SED in einem erschreckenden Ausmaß. Nicht zufällig hat daher Ulbricht auf seiner ersten Rede in Leipzig jenen "Neutralen" gedroht, sie würden für ihre Passivität einmal zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Haltung der Sowjets auf der Berliner Konferenz hat aber auch ganz sichtbar zu einer weiteren Isolierung der Funktionärskader von der breiten Masse der SED-Mitglieder geführt. Es mehren sich die Berichte, daß Parteimitglieder, die sich in der ersten Konferenzzeit auf den oft recht turbulenten Belegschaftsversammlungen für freie Wahlen ausgesprochen oder diesen Forderungen nicht widersprochen haben, jetzt nachträglich einem Ausschlußverfahren unterworfen werden. Noch schwererwiegend dürfte aber die Schwächung der Funktionärskader selbst sein, die dadurch entstanden ist, daß die SED leitende Betriebsfunktionäre absetzen mußte, weil sie für die für die SED völlig untragbare politische Haltung der Belegschaften verantwortlich gemacht wurden.

Verantwortlich: Peter Raunau